

Ausgabe April 2014

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Bürger unserer Stadt können weiter auf verlässliche Kraft setzen:

DKP nimmt an der Stadtratswahl teil

Die DKP hat ihre Wahlvorschläge im Rathaus eingereicht und damit die Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl gesichert. Hans Schwindling steht auf Platz 1 der Gebietsliste, auf der Wahlbereichsliste Alt-Püttlingen nimmt er ebenfalls die erste Stelle ein. Die Wahlbereichsliste Köllerbach wird von Edith Albert angeführt. Franz Hertel, der nach 40 Jahren Ratstätigkeit nicht mehr kandidiert, unterstützt weiterhin die Fraktion. Sein Rat an die Wähler: „Geben Sie meinen Freunden auf der DKP-Liste eine Chance, sie haben es verdient! Sie brauchen Unterstützung, damit sie auch künftig eine kritische, zuverlässige und mutige Oppositionsrolle wahrnehmen können.“

Püttlingen
braucht eine kritische, zuverlässige
und mutige Opposition, so wie es Hertel
mit seiner Fraktion vorgemacht hat

DKP
im Stadtrat stärken!

Am 25. Mai 2014:
Hans Schwindling
und seine Freunde
unterstützen!

DKP zur Wahl am 25. Mai:

**Gemeinsam mit Parteilosen
an einem Strang ziehen**

Auf dem DKP-Vorschlag für die Wahl der Gebietsliste steht **Hans Schwindling**, der an Stelle des im Herbst ausgeschiedenen Franz Hertel die DKP-Fraktion führt, an erster Stelle. Er verfügt mit 15 Jahren Ratszugehörigkeit über reichliche Erfahrungen in der



Kommunalpolitik. An zweiter Stelle steht **Edith Albert**, die der DKP-Fraktion seit 10 Jahren angehört. Auf dem dritten Platz befindet

sich **Erwin Michely**, der im Herbst in den Stadtrat nachgerückt ist und auch in der neuen Wahlperiode dabei sein will.



Die DKP hat neben der Gebietsliste auch Vorschläge für die zwei Wahlbereiche eingereicht. So wird die **Bereichsliste Alt-Püttlingen** von Hans Schwindling angeführt, ihm folgen Erwin Michely und Gerald Stein, beide sind parteilos. Auf Platz 1 der **Bereichsliste Köllerbach** steht Edith Albert, ihr folgen die Parteilosen Fritz Kuhn und Axel Seidel

Wie in den früheren Jahren war die DKP wieder bemüht, nicht nur ihre eigenen Mitglieder ins Spiel zu bringen, sondern auch parteilose Mitbürger einzubeziehen. So kommt es, dass Frauen und Männer mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen auf den DKP-Liste kandidieren. Gemeinsam werben sie für ein gutes Wahlergebnis.

DKP-Vertreter laden ein

Hans Schwindling und Freunde machen dort weiter, wo Franz Hertel aufgehört hat. Das ist gut so, damit die bewährte linke Kraft im Rathaus weiter wirksam ist. Jetzt findet ein öffentliches Gespräch dazu statt:

Mittwoch, 16. April 2014,
18.00 Uhr im Lokal Jansens
Eck, Völklinger Straße
Gelegenheit zur freien Diskussion

Stadtrat wendet sich gegen NPD-Veranstaltungen

Resolution: „Kein Raum für Braun“

Am Aschermittwoch führte die neofaschistische NPD in einer Köllerbacher Gaststätte eine als Heringessen getarnte Veranstaltung durch, die den Einsatz eines größeren Polizeiaufgebotes auslöste. Da dieses Treffen vorher nicht bekannt war, gab es leider keine Protestaktionen der demokratischen Öffentlichkeit gegen die Zusammenrottung dieser Rechtskräfte. Allerdings hatte die Sache im Rathaus ein Nachspiel, denn im Stadtrat wurde über eine Resolution beraten, in der es heißt: „Die Parteien des Püttlinger Stadtrates sind sich einig, dass in unserer Stadt keinerlei Raum für extremistisches Gedankengut ist“. Die Vermieter möglicher Veranstaltungsräume werden gebeten, Extremisten keinen Raum zur Verfügung zu stellen. Die DKP nimmt diesen Vorfall zum Anlass, erneut die Forderung nach verstärkter Abwehr rechtsradikaler Einflüsse zu betonen.

Es ist sicher kein Zufall, dass sich die Neonazis in Püttlingen wieder aus ihren Löchern herauswagen. Sie wittern offensichtlich Morgenluft. Auch das ist nicht plötzlich so entstanden. Bereits seit geraumer Zeit ist eine Zuspitzung der Rechtsentwicklung zu verzeichnen.

Europaweit haben die Rechtskräfte Auftrieb bekommen. Der Chef der niederländischen „Partei der Freiheit“, Geert Wilders, und Marie Le Pen, Chefin der Front National aus Frankreich, sind dabei, eine Allianz von Kräften zu schmieden, die nationalistische, rassistische, antisemitische, antiislamische, ja offen faschistische Positionen vertreten. Eine gefährliche Allianz, die gezielt den Hass und die Jagd auf Migrantinnen und Migranten schürt.

Wenn dieses Vorhaben glückt, entsteht in EU-Europa ein neuer gefährlicher

Rechtsblock, möglicherweise mit einer starken Fraktion im Europa-Parlament. Denkbar ist eine solche Entwicklung, weil die EU bei vielen Menschen diskreditiert ist und die Wählerinnen und Wähler kein Vertrauen mehr in die herrschende Politik haben.

Mehr als fünf Jahre Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa mit der Folge von radikalem Sozialabbau, Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, Abbau von Arbeiter- und Bürgerrechten haben viel Wasser auf die Mühlen der Rechtskräfte geleitet, die jetzt mit demagogischen Forderungen ihre reaktionäre Agenda durchsetzen wollen. Dabei geht es ihnen überhaupt nicht um die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Armen. Sie vertreten die Interessen einer bestimmten Kapitalfraktion und wohl-

Gerade jetzt wird eine Partei wie die DKP dringend gebraucht

Die Stimmung vieler Menschen ist auf einem Tiefpunkt. Angst und Verunsicherung machen sich breit, immer mehr Leute sehen mit Unbehagen auf die Zukunft, weil ständig neue Angriffe auf das bisher Bestehende die Existenz vieler Familien in Frage stellen. In allen Bereichen wird der Rotstift angesetzt. Ob Beschäftigte, Arbeitslose oder Rentner, ob Sozialhilfebezieher oder Krankenversicherte – für alle werden Leistungen und Angebote reduziert oder ganz gestrichen, zusätzliche Kosten werden aufgebürdet. Jede neue Belastung wird mit „Sachzwängen“ begründet, weil angeblich die Kassen leer sind. Regierung und Medien wollen uns weismachen, dass „alle Opfer bringen“ müssten. Großverdiener machen dabei eine Ausnahme.

Die DKP versteht sich als eine Partei, die für Interessen der „kleinen Leute“ eintritt. Wir sind nicht bereit, uns dem Druck von Regierungen und Konzernen zu beugen, um soziale Verschlechterungen gleich welcher Art widerspruchslos hinzunehmen. Wir finden uns nicht damit ab, dass Reiche, Spitzenverdiener und Konzerne immer weniger Steuern zahlen müssen, während sich die kommunale Finanznot rapide verschlimmert und die Gemeindeglieder dafür die Folgen zu tragen haben. Gerade in einer Zeit „knapper Kassen“ kommt es darauf an, für eine Politik gesellschaftlicher Veränderungen einzutreten, die dem Diktat globaler Konzern- und Machtpolitik entgegenwirkt und sich am Wohl des Volkes orientiert.



DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN?

So etwas darf sich nicht wiederholen!

habender Mittelschichten. Die haben mit dem „kleinen Mann“ nichts am Hut.

Nehmen wir nur die „Alternative für Deutschland“, die auch in Püttlingen um Unterstützung wirbt. Diese Leute tun so, als würden sie Forderungen im Interesse der Bürger vertreten, aber mit Sprüchen wie: „Die Rückkehr zur D-Mark darf kein Tabu sein“ oder das „ungeordnete Einwandern in unsere Sozialsysteme“ muss unterbunden werden, werden lediglich Illusionen gefördert und Feindbilder gepflegt, die sich vor allem gegen die Ausländer im Land richten. Olaf Henkel, der langjährige Spitzenmann und Boss des Großkapitals als Mitinitiator der AfD ist eigentlich Programm genug, um zu wissen, wem die Hasen in die Küche getrieben werden sollen.

Zur Erinnerung:

Geschwärtzter grüner Schweiger

Am 2. Juni 2009 brachte die SZ einen kleinen Beitrag unter dem Titel „Grüne wollen in den Stadtrat“. Darin heißt es: „Am Sonntag wollen sie (Die Grünen!) ins Gemeinde-Parlament einziehen und aktive Kommunalpolitik in Püttlingen betreiben“. Kurz danach rückte Raymond Adam in den Stadtrat ein, wo er in der konstituierenden Sitzung erklärte, dass er nichts zu erklären habe. Dabei ist es dann bis heute geblieben. Der wackre Neueinsteiger entpuppte sich sehr schnell als Wurmfortsatz der CDU und hat bis dato noch nie eine Stellungnahme aus Sicht der Grünen abgegeben. Da sagt doch so mancher Wähler, dass sich die Grünen in Püttlingen ein für allemal ihr Renommee als eine ernstzunehmende Partei versaut haben. So ist es wohl.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Hans Schwindling, Weiherberg 51. Eigendruck



Im Juli 2006 fand eine Internationale Jugendbegegnung in Püttlingen statt, bei der ein von einer Metallkonstruktion umgebener Felsblock (Foto) zur Erinnerung eingeweiht wurde. Inzwischen sind weitere Treffen im Rahmen des „Europäischen Städtebündnisses“ durchgeführt worden. Jetzt ist unsere Stadt wieder an der Reihe. Es laufen die Vorbereitungen, um den jungen Leuten aus den Partnerstädten ein interessantes Programm zu bieten.

Immer öfter wird von Zusammenarbeit der Kommunen geredet:

Der Begriff verkommt zur Schimäre

Auffallend oft ist in letzter Zeit von der Zusammenarbeit der Gemeinden die Rede. Vielfach wird dazu aufgefordert, dabei „lokales Denken“ zu überwinden. Das hört sich wirklich gut an, ist doch die Zusammenarbeit meist etwas Gutes, das man sich nur wünschen kann. Und wenn dabei über den Tellerrand geschaut wird, kann das eigentlich nur richtig sein. Das Wörtchen „eigentlich“ ist aber der berühmte Stolperstein.

Bürgermeister Speicher sagte unlängst: Die aktuelle Finanzlage, die gesetzlich vorgegebene Schuldenbremse und der demographische Wandel **zwingen** uns, zukünftig „neue Wege zu gehen und enger miteinander zu kooperieren“. Also: Weil die Kassenlage so beschissen ist,



müssen wir zusammenarbeiten! Dazu kommt der **Druck von oben**, welcher die Gemeinden um jeden Preis zu-

sammenführen will. So hat die saarländische Innenministerin Monika Bachmann sogar finanzielle Anreize angeboten, damit Gemeinden ihre Eigenständigkeit aufgeben und zum Zusammenschluss mit anderen Kommunen bereit sind. Aber, auch das ist gleich angedeutet worden, die Mittel dafür sind sehr begrenzt und die Kommunen sollen gefälligst selbst zusehen, wie sie aus der Misere kommen.

Wer jetzt von Gebietsreform träumt und glaubt, damit die anstehenden Probleme lösen zu können, ist auf dem Holzweg. Das trifft auch auf Saarbrückens OB Charlotte Britz zu, die angeblich „eine kommunale Gebietsreform befürwortet“ (SZ vom 24.2.14). Eigentlich sollte die Gebietsreform von 1974 genug Warnung sein. Solche Maßnahmen eignen sich nur, um aus anderer Leute Leder die Riemen zu schneiden. Dagegen müssen sich die Umlandgemeinden der Landeshauptstadt zur Wehr setzen.

Leider wird die viel zitierte Zusammenarbeit immer mehr zur Schimäre, die oft nur noch ein guter Vorwand ist, um weitergehende Pläne zu verdecken.

Was die Zusammenarbeit mit Völklingen angeht, haben wir im Juli letzten Jahres eine deutliche Erklärung abge-



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Der milde Winter ist für die Stadt Püttlingen zu einem „Glücksfall“ geworden. Immerhin konnten bei den Streumitteln etwa 16.000 Euro eingespart werden, von den über 1.200 Arbeitsstunden ganz zu schweigen. Diese wären zum Teil als Überstunden angefallen und konnten nun für Baumpflege und andere Arbeiten genutzt werden. Aber auch im Fuhrpark wirken sich die milden Temperaturen im zurückliegenden Winter positiv aus, denn 20.000 Euro konnten bei Reparaturen, Spritkosten usw. eingespart werden. Bleibt also etwas Geld übrig, um längst überfällige Arbeiten an Straßen und Bürgersteigen durchzuführen. Allerdings muss jetzt schon bedacht werden: Der nächste Winter kommt bestimmt. Ob es dann wieder so glimpflich abgeht wie dieses Jahr, ist kaum anzunehmen.

geben, das galt auch dieseses Frühjahr bei einen entsprechenden Vertrag mit Großrosseln, den wir ebenfalls abgelehnt haben. Für unsere Fraktion gilt:

„Die DKP ist für die Zusammenarbeit der Kommunen überall dort, wo sich Möglichkeiten dazu anbieten und es im Interesse der Bevölkerung sinnvoll ist. Allerdings ist Zusammenarbeit an sich noch lange kein Positivum, es kommt immer auf den Inhalt an. Was bringt es den Bürgern? - das ist die entscheidende Frage!“ Wenn dabei die Eigenständigkeit unserer Stadt in Frage gestellt und die kommunale Selbstverwaltung schrittweise preisgegeben wird, dann lehnen wir das ab. Da bei der Zusammenarbeit mit Völklingen und Großrosseln einige Überlegungen weit über das „normale“ Mass von Zusammenarbeit hinausgehen und die Preisgabe von Grundbedingungen eigenständiger Politik nicht auszuschließen ist, haben wir unsere Zustimmung versagt.

Fragwürdige Werbekampagne:

Sichere Arbeitsplätze, anständige Einkommen und soziale Sicherheit sind die beste Werbung für's Saarland

Rund 7 Millionen Euro sollen in den nächsten drei Jahren ausgegeben werden, um für das Saarland zu werben. Die aus Püttlingen stammende Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer unterstützt eine entsprechende Werbekampagne mit dem Titel „Großes entsteht immer im Kleinen“, um „die Stärken des Saarlandes, die Standortvorteile, die Lebensqualität“ nach außen hin sichtbar zu machen.

Kritische Bürger stellen sich allerdings die Frage, ob es einem Haushaltsnotlageland nicht besser zu Gesicht stünde, dieses Geld für sinnvolle soziale Aufgaben zu investieren?

In der Tat: Seit Jahren wird die Negativliste immer länger. Denken wir nur an die Tausenden Arbeitsplätze (z.B. im ehemaligen Bergbau und im Stahlbereich), die im Saarland vernichtet wurden, bis heute ist kein ausreichender Ersatz geschaffen worden. Bei der Polizei werden rigoros Stellen abgebaut, auch bei den Lehrern wütet der Rotstift. Jetzt soll die Uni ans Messer geliefert werden, ganze Studiengänge stehen zur Disposition. Damit werden junge Leute regelrecht aus dem Saarland vertrieben. Neueste Hiobsbot-

Beschäftigte fordern mehr

100 Euro als Sockelbetrag für alle, und darauf noch einmal 3,5 Prozent! Mit dieser Forderung ist die Gewerkschaft ver.di in die Tarifrunde für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes gestartet.

Während die Gewerkschaftsbasis diese Forderung, die ein Volumen von ca. sieben Prozent bedeutet, mit großer Zustimmung aufgenommen hat, reagierten die öffentlichen Arbeitgeber mit der üblichen Abwehr. Da hieß es, die Tarifforderung sei „maßlos überzogen“. Nur Pech, dass sich gerade vorher die Große Koalition auf eine Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete auf sage und schreibe 10 Prozent geeinigt hatte.



Mit diesem Foto berichtete die SZ vom 1. März über Leserstimmen zur neuen Werbeaktion des Saarlandes, die unter dem Slogan „Großes entsteht immer im Kleinen“ angelaufen ist. Große Begeisterung war da nicht abzulesen.

schaft: Dem Saarland droht der Verlust der TGV-Bahnverbindung nach Paris. Auch weniger IC- und EC-Züge sollen künftig über Saarbrücken verkehren.

Das sind einige Beispiele, die deutlich machen, wie wenig es den Regierenden bisher gelungen ist, die Probleme des Landes auch nur annähernd in den Griff zu kriegen. Ganz abgesehen von den Skandalen (z.B. Gondwanapark in Reden, der gerade jetzt wieder ins Gerede kommt, oder Vierter Pavillion in Saarbrücken), wo unnötig Geld verschleudert wurde. Da nutzt die beste Werbung nichts!

Übrigens ist es keineswegs die erste Werbekampagne, die so hochgelobt wird und dem Saarland eine bessere Zukunft beschern soll. Erinnern wir nur an den „Großklappen-Peter“, der seinerzeit das Saarland als „Aufsteigerland“ kreierte und später noch weitere Versuche dieser Art gestartet hat, ohne das etwas Nachhaltiges bewirkt wurde.

Nein, mit Werbung allein ist es im Saarland nicht getan!

Eine andere Politik muss her, damit die Menschen sich in ihrer Heimat sicher fühlen können und nicht damit rechnen müssen, sich außerhalb des Landes eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle suchen zu müssen.

Nur wenn die Beschäftigten besser bezahlt, wenn Städte und Gemeinden finanzmäßig stärker unterstützt, wenn Krankenhäuser und Alteneinrichtungen ausreichend mit Personal versehen,

Na, klaro!

Um das obige SZ-Beispiel aufzugreifen. Wer beim 3-Sternekoch Erfordt einkehrt und ein Kennenlernen-Menü genießen will, wird staunen: Da werden vier Gänge serviert mit vielen **kleinen** Köstlichkeiten, die dekorativ auf dem großen Teller verteilt sind, mit Apéritiv davor und Kaffee danach. Wer wenig Hunger hatte und über ausreichend Moneuten verfügt, wird mit der **großen** Rechnung von 110 Euro keine Probleme haben. Wenn Werbung wörtlich genommen wird, dass Großes immer im Kleinen entsteht, mag das Ganze angehen. Aber wollen wir nur die Gutbetuchten ins Saarland locken? Wie ist es mit einfachen Leuten, die sich eine Einkehr bei Erfordt & Co. nicht leisten können?

wenn kulturelle und sportliche Einrichtungen nachhaltig gefördert werden, können sich die Leute im Lande wohlfühlen, dann gibt es ausreichend Gründe, dass auch Menschen von außerhalb kommen, die sich an der Saar niederlassen wollen.

„Bevor wir die Fassade aufhübschen, sollten wir das Fundament stabil und das Dach wasserdicht machen. Dann kommen die Menschen vielleicht auch ohne falsche Versprechungen zu uns“, heißt es in einer SZ-Leserzuschrift vom 1. März. Dem kann man zustimmen.